

## 16. Wahlperiode

### Kleine Anfrage

#### des Abgeordneten Dirk Behrendt (Bündnis 90/Die Grünen)

vom 04. Mai 2010 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 05. Mai 2010) und **Antwort**

#### Gemeinsamer Vollzug mit Brandenburg: Sicherungsverwahrung

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Welche Zielsetzung hat die gemeinsame Arbeitsgruppe zur Sicherungsverwahrung mit dem Land Brandenburg?

Zu 1.: Die Arbeitsgruppe verfolgt das Ziel, Eckpunkte für einen zeitgemäßen Vollzug der Sicherungsverwahrung vorzulegen. Als Themenschwerpunkte werden die Unterbringung von Sicherungsverwahrten unter Berücksichtigung des Abstands- und des Trennungsgebotes sowie die Entwicklung spezifischer Behandlungsformen für Sicherungsverwahrte sowie für Strafgefangene mit angeordneter Sicherungsverwahrung im Mittelpunkt stehen.

2. Welche Pläne verfolgt der Berliner Senat mit dieser Arbeitsgruppe?

Zu 2.: Die Arbeitsgruppe soll Vorschläge für einen zeitgemäßen Vollzug der Sicherungsverwahrung erarbeiten, der sich an der Zielsetzung der Resozialisierung orientiert. Der Vollzug der Sicherungsverwahrung soll dabei in beiden Ländern möglichst einheitlichen rechtlichen Standards folgen.

3. Sieht der Berliner Senat grundlegende rechtliche Hindernisse einer näheren Kooperation mit Brandenburg? Wie ist die Unterbringung Berliner Sicherungsverwahrter in Brandenburg - oder umgekehrt - rechtlich zu beurteilen?

Zu 3.: Die Unterbringung von Sicherungsverwahrten, die in Berlin über soziale Bindungen verfügen, richtet sich nach den Grundsätzen des Urteils des Kammergerichts vom 12. September 2008 (2 Ws 588/07).

4. Welche (Zwischen-)Ergebnisse der Arbeitsgruppe gibt es bisher?

Zu 4.: Da die Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit noch nicht aufgenommen hat, liegen noch keine Zwischenergebnisse vor.

5. Wann soll die Arbeit der Arbeitsgruppe abgeschlossen sein?

Zu 5.: Die derzeitige Zeitplanung geht von einem Abschluss zum Jahresende 2010 aus.

Berlin, den 20. Mai 2010

Gisela von der Aue  
Senatorin für Justiz

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. Mai 2010)